

Landkreis Friesland

Der Landrat

VORLAGEN Nr. 853/2011

Jever, den 19.01.11

Sitzung/Gremium	am:	
Ausschuss für Familie, Senioren und Soziales	09.02.2011	öffentlich
Kreisausschuss des Landkreises Friesland	16.02.2011	nicht öffentlich

Bezeichnung des Beratungsgegenstandes:

Zulassung als kommunaler Träger nach dem SGB II (Option) - Sachstandsbericht und weitere Vorgehensweise

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Antrag auf Zulassung als kommunaler Träger nach dem SGB II („Option“) zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen: - entfällt -						
Gesamtkosten der Maßnahmen (ohne Folgekosten)	Direkte jährliche Folgekosten	Finanzierung: Eigenanteil objektbezogene Einnahmen		Sonstige einmalige oder jährliche laufende Haushaltsauswirkungen		
€	€	€	€	€		
Erfolgte Veranschlagung: <input type="checkbox"/> Ja, mit € <input type="checkbox"/> Nein im <input type="checkbox"/> Ergebnishaushalt <input type="checkbox"/> Finanzhaushalt Produkt- bzw. Investitionsobjekt:						
_____ Rocker Sachbearbeiter/in		Sichtvermerke: _____ Fachbereichsleiter/in _____ Abteilungsleiter _____ Kämmerei _____ Ambrosy Landrat				
Beratungsergebnis:						
Einstimmig	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen	Kenntnisnahme	Lt. Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss
<input type="checkbox"/>				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Begründung:

Der Kreistag des Landkreises Friesland hat in seiner Sitzung am 13. Dezember 2010 beschlossen, dass der Landkreis die Zulassung als Optionslandkreis beantragt. Dazu wurde die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Antrag zu stellen.

Nach der zuvor bestehenden Beschlusslage hatte die Kreisverwaltung die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung mit der Agentur vorzubereiten, darüber hinaus sollten für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen mit der Agentur Vorbereitungen für das Stellen eines Optionsantrages getroffen werden.

Aufgrund dieser Vorarbeiten war es möglich, sofort nach dem Beschluss vom 13. Dezember 2010 einen ersten Antragsentwurf zu erstellen. Hierzu war kurzfristig auch die Zuhilfenahme eines externen Beraters erforderlich, welcher bereits mehrere Kommunen in Deutschland beim Stellen eines Optionsantrages begleitet hatte.

Die Endfassung des Antrages wurde von der Verwaltung am 28. Dezember 2010 abgeschlossen, so dass der Antrag am Folgetag in Hannover beim Sozialministerium abgegeben werden konnte.

Eine Zusammenfassung des Antrages liegt als Anlage bei. Um eine Übersicht über die komplexen Verfahrensschritte für die Umsetzung der Option darzustellen, ist weiterhin ein Zeit- und Maßnahmenplan als Anlage beigefügt. Den kompletten Antrag (rd. 100 Seiten) haben jeweils die Fraktionsvorsitzenden und die Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Senioren und Soziales erhalten.

Interne Arbeitskreise sind inzwischen unter Beteiligung der BA gegründet worden. Die erste Lenkungsgruppensitzung fand am 24.1.2011 statt.

Neben dem Landkreis Friesland haben vier weitere Landkreise in Niedersachsen einen entsprechenden Antrag gestellt (Aurich, Wittmund, Schaumburg und Lüchow-Dannenberg).

Dem Land Niedersachsen stehen voraussichtlich vier Optionen zur Verfügung. Das Land wird bis 31.3.2011 im Rahmen des Eignungsfeststellungsverfahrens über die Zuteilung befinden. Unabhängig von der endgültigen Entscheidung muss der Landkreis die Vorbereitungshandlungen forcieren.

Der Landkreis hat seinen Antrag u.a. damit begründet, mit dem Land und den Partnerlandkreisen und -städten eine arbeitsmarktpolitische Strategie für die gesamte Region zu entwickeln.

Dabei sehen wir den Landkreis als Türöffner für einen sogenannten „Optionsteppich“ in Nordwest-Niedersachsen mit den Landkreisen Ammerland und Leer - jetzt schon Optionskommunen – und neu dann Aurich, Wittmund und Friesland. Dabei wollen wir die Vorteile eines „Optionsteppichs“ nutzen und unsere Vorreiterrolle in der Interkommunalen Zusammenarbeit weiter ausbauen. Die genannten Landkreise haben wurden zu einem Gedankenaustausch am 27.01.2011 eingeladen, hier wurden Kooperationsmöglichkeiten besprochen und auch schon eingeleitet.

Weitere Informationen, insbesondere zu der Sitzung der Lenkungsgruppe und dem Treffen mit den genannten Landkreisen, werden in der Sitzung gegeben.

Anlagen:

- Zusammenfassung Optionsantrag
- Zeit- und Maßnahmenplan